

Die neue Grossstadt Aarau würde mit einem Steuerfuss von 97 Prozent starten

von Daniel Vizentini - CH Media

Zuletzt aktualisiert am [13.12.2019](#) um 22:14 Uhr



Hanspeter Hilfiker, Stadtpräsident von Aarau.

Der Aarauer Stadtpräsident Hanspeter Hilfiker in seinem Büro im Rathaus Aarau. Fotografiert am 18. Dezember 2018.

Für den «Zukunftsraum Aarau» ist ein Steuerfuss von 97 Prozent bestätigt. Die mögliche neue Stadt wird sieben Verwaltungsstandorte haben.

In Densbüren hatte der Gemeindeammann im September als erster die magische Zahl genannt, letzten Monat erwähnte sie dann Heinz Lüscher, Gemeindeammann von Unterentfelden, an einer Informationsveranstaltung zum «Zukunftsraum» wieder. Gestern wurde sie nun offiziell bestätigt: Die mögliche neue Grossstadt Aarau, zusammengesetzt aus den fünf Fusionsgemeinden, soll mit einem Startsteuerfuss von 97 Prozent ins Rennen gehen.

«Mit den gemachten Abklärungen können wir sagen, dass wir mit dem tiefsten Steuerfuss – dem von Aarau – in die Fusion gehen können», sagte Hanspeter Hilfiker, Stadtpräsident von Aarau, an der Medienkonferenz in Oberentfelden. 97 Prozent, das sei «sehr

realistisch», wiederholte er später, auch wenn sich nicht alle fünf Gemeinden zusammenschliessen. Möglich sei dies, weil durch die Fusion rund 8,2 Millionen Franken Betriebskosten eingespart werden können. Durch das Absenken der Steuerfüsse in den anderen Gemeinden – 108, 110, 113 und 117 Prozent betragen diese – würden 6,2 Millionen Franken weniger eingenommen, damit liege man mit 2 Millionen im Plus.

Wie kommt die Einsparung von 8,2 Millionen Franken zu Stande? Allein durch das Zusammenführen der Verwaltungen würden gemäss Berechnungen fast 5 Millionen Franken gespart. 23 Vollzeitstellen würden wegfallen. Die Verantwortlichen des «Zukunftsraums» gehen davon aus, dass diese Stellen durch natürliche Austritte gestrichen werden könnten und dass wegen der Fusion keine Kündigungen ausgesprochen werden müssten. «Zudem werden in allen Gemeinden zusammen in den nächsten fünf Jahren 76 Personen ordentlich pensioniert», sagen sie.

Aarauer Nettovermögen würde anfangs kleiner, wachse dann aber

Aufgaben, die heute ausgelagert werden, könnte die neue Grossstadt selber erledigen. Sie hätte auch mehr eigene Räume zur Verfügung und müsste sich nicht mehr einmieten wie heute zum Teil, könnte sogar frei werdende Verwaltungsräume vermieten und Mieteinnahmen schaffen. Die Preise für Abfallentsorgung, Wasser, Abwasser und Strom dürften für die Bevölkerung zudem «tendenziell eher sinken».

Das Aarauer Nettovermögen von heute rund 100 Millionen Franken würde durch die Fusion wohl zuerst etwas reduziert, sagte Hanspeter Hilfiker. Danach dürfte es aber eher stärker ansteigen, als wenn die fünf Gemeinden eigenständig bleiben, sagen die Projektverantwortlichen. Von den rund 14 Millionen Franken, die der Kanton als Fusionsbeitrag an die neue Gemeinde zahlen würde, würden 5 Millionen in das Nettovermögen der neuen Stadt fliessen. Sie rechnen damit, dass die Umsetzung der Grossfusion 9 Millionen Franken kosten wird.

Kanzlei in Aarau, Sozialamt in Suhr, Bauamt in Oberentfelden

Nebst dem Steuerfuss wurden gestern erstmals Details zur dezentralen Verwaltungsstruktur bekannt. Sieben Standorte in vier Gemeinden sollen weiterbetrieben werden: in Aarau das Rathaus, das Amtshaus und das Gebäude an der Heinerich-Wirri-Strasse, in Ober- und

Unterefelden sowie in Suhr die Gemeindehäuser und in Suhr auch der Polizeiposten. Densbüren würde als lokaler Betriebsstandort geführt, etwa für den Werkhof, die Feuerwehr oder das Departement Soziales.

Die künftig fünf Stadtdepartemente würden auf die anderen vier Gemeinden verteilt: Aarau würde etwa die Stadtkanzlei, die Einwohnerkontrolle, die Abteilung Kommunikation oder den Rechtsdienst erhalten. Die Abteilungen Kultur, Finanzen und Steuern würden in Aarau und Unterefelden arbeiten. Letztere bekäme die Informatikabteilung sowie das Departement Bildung und Sport. Obererefelden würde das Bauamt beherbergen und Suhr schliesslich die Polizei sowie das Departement Gesellschaft und Soziales.

In allen heutigen Gemeinden sind Schalter als Anlaufstellen für kleine Dinge vorgesehen wie den Verkauf von Abfallgebührenmarken oder Parkkarten. Anfragen vor Ort könnten aufgenommen und an die zuständige Stelle weitergeleitet werden. Die lokalen Schwimmbäder, Bibliotheken oder Werkhöfe würden «mit angepassten Betriebsmodellen» weiterbetrieben.